

GEHEIM

Bern, den 20. September 1971

v.B. M. M. H. 2. (1)

Gespräch mit Staatssekretär Sigismund von Braun über unsere
Verhandlungen mit der DDR

Wie erwartet, benützte v.B. die Gelegenheit unseres Zusammentreffens in Zürich anlässlich der Churchill-Feier, um, in Gegenwart Schlegelbergers, die DDR-Frage aufzuwerfen.

Er bedankte sich für die Orientierung durch unsere Botschaft in Köln und unterstrich sodann, dass gerade im jetzigen Zeitpunkt jede auf Anerkennung tendierende Konzession eines westeuropäischen Landes die Verhandlungsposition der BRD gegenüber der DDR entscheidend schwächen würde. Dies sei denn auch der Grund, weshalb die BRD die finnische Initiative energisch zurückgewiesen habe.

Ich erinnerte v.B. daran, dass er in unseren beiden letzten Gesprächen mit genau denselben Worten den betreffenden Zeitpunkt als kasserst ungünstig bezeichnet hatte. Jedes Mal hätten wir diesen Vorstellungen Rechnung getragen und nach Ausflüchten gesucht, um die Gespräche mit der DDR erneut hinauszuziehen. Er müsse daher verstehen, dass nunmehr der Moment gekommen sei, in dem wir einem Abschluss der Verhandlungen mit der DDR nicht mehr länger ausweichen könnten. Es sei ohnehin erstaunlich, wenn sich die DDR heute noch mit einer Handelsvertretung begnüge. In wenigen Wochen wäre dies sicher nicht mehr der Fall.

Von Braun erkundigte sich erneut nach dem Charakter dieser Handelsmission.

Ich gab offen zu, dass es sich nicht mehr um eine reine Kammervertretung nach bisheriger Praxis handeln könne, sondern dass eine offizielle Handelsmission in Diskussion stehe. Aber auch das Personal der Handelskammervertretungen in anderen Staaten sei ausschliesslich aus Beamten zusammengesetzt, die de facto diplomatischen Rang bekleiden. Unser zusätzlicher Schritt sei daher nicht sehr bedeutend. Jedenfalls würde dieser Vertretungen kein Exequatur zugestanden.



- 2 -

Nach dieser Klarstellung lenkt v.B. sofort ein. Er verstehe, dass dies der letzte Zeitpunkt sei, in dem die Schweiz eine derartige Vereinbarung abschliessen könne. Er bittet uns jedoch, zu vermeiden, dass der Eindruck entstehe, der Berner Entschluss zur Herstellung dieser Handelsbeziehungen sei kurzfristig gefasst worden. Dies könnte sonst als Signal für eine Bewegung zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR interpretiert werden. Ich sagte v.B. zu, dass wir in unserer Verlautbarung beim Verhandlungsabschluss darauf hinweisen werden, dass diese Gespräche bereits vor mehreren Jahren aufgenommen worden seien.

Ferner vertrat ich gegenüber v.B. persönlich die Ueberzeugung, dass bei einer unerwarteten Eskalation der ostdeutschen Begehren der Bundesrat eine neue, zusätzliche Gesprächsetappe vorsehen würde, so dass in diesem Fall ein Vertragsabschluss vor Ende des Jahres ausgeschlossen wäre.

V.B. glaubt seinerseits, dass die innerdeutschen Gespräche über die Berlin-Regelung noch mehrere Monate erfordern werden.

Der Weg für das von uns geplante Vorgehen scheint somit frei zu sein. Ich stellte v.B. anheim, falls ihn meine Erläuterungen nicht völlig beruhigt hätten, auch noch die Gelegenheit zu einer Rücksprache mit Bundesrat Graber zu benützen.

* *

*

Person!

Interessanterweise schienen die Franzosen besorgter über unsere Annäherungsversuche gegenüber der DDR als die Deutschen. Dies mag damit zusammenhängen, dass Paris befürchtet, gegenüber der Schweiz in Rückstand geraten zu können. Deshalb auch der Wunsch Aussenminister Schumanns, über unsere weiteren Schritte unterrichtet zu werden. Der Leiter der Politischen Abteilung im Quai d'Orsay, Beaumarchais, betonte mir gegenüber, dass die BRD im jetzigen Moment besonders empfindlich sei, weil es sich gezeigt habe, dass die DDR noch nicht auf die russische Haltung in der Berlin-Frage eingeschwenkt sei. Daher sei der

- 3 -

Besuch Brandts in Moskau erforderlich geworden. Immerhin gab auch Beumarchais zu, dass die Reizschwelle erst bei Zugeständnis des Exequaturs überschritten würde. Wenn dies nicht beabsichtigt sei, rät er uns, möglichst rasch zu handeln.

Geht an:

HH. Bundesrat Graber; Bundesrat Brugger;
Botschafter Thalmann;
Botschafter Lacher, Köln;
Minister Miesch;
Minister Marti.